

PRESSEMITTEILUNG

6. Juli 2007

Teuer erkaufter Kompromiss hilft zu wenig Geduldeten

Das heute vom Bundesrat verabschiedete 2. Zuwanderungsänderungsgesetz ist ein teuer erkaufter Kompromiss. Die gesetzliche Bleiberechtsregelung hilft nicht wirklich den vielen langjährig Geduldeten zu einem Aufenthaltsrecht.

Umsetzung asylrechtlicher Richtlinien der EU als Vorwand für Verschärfungen

Eigentlich war die Bundesregierung angetreten, asylrechtliche Richtlinien der Europäischen Union umzusetzen. Diese Aufgabe hat sie nur mangelhaft erfüllt. Alle Optionsmöglichkeiten wurden zur Einschränkung von Rechten genutzt, wie dies auch von vielen SPD-Abgeordneten anlässlich der Bundestagsdebatte kritisiert wurde.

Familiennachzug nur noch mit Deutschkenntnissen

Viele weitere Verschärfungen, so etwa die erschwerte Einbürgerung für junge Menschen, laufen dem Integrationsgedanken zuwider. Die Verschärfung der Familienzusammenführung erfordert für ein Einreisevisum für Ehegatten bereits ein bestimmtes Niveau an Deutschkenntnisse als Voraussetzung. Dies gilt unabhängig davon, ob in der Herkunftsregion überhaupt Deutschkurse angeboten werden und ob diese finanziert werden könnten. Hier werden nicht nur Menschen der Mittel- und Unterschicht per Gesetz diskriminiert, sondern auch Menschen aus bestimmten Herkunftsstaaten, da das Gesetz Menschen aus USA, Kanada, Israel und Japan ausdrücklich von dieser Regelung ausnimmt, da der „Zuzug der Angehörigen dieser Staaten im besonderen migrationspolitischen Interesse Deutschlands liegt“ (BT-Drucksache 16/5498).

Zuflucht erschwert – Rückschiebung vereinfacht

Noch leichter können Flüchtlinge künftig in Drittstaaten zurückgeschoben werden. Dies erfolgt ohne jegliche Prüfung, ob im jeweiligen Drittstaat überhaupt angemessener Schutz gewährleistet wird, oder der Schutzsuchende gar in den nächsten Anrainerstaat weiter geschoben wird. Schon jetzt werden kaum humanitäre Kriterien vor einer Rückschiebung geprüft. Künftig wird nicht einmal mehr ein Rechtsmittel möglich sein, um etwa das Auseinanderreißen von Familien zu verhindern.

Leben unterhalb der Sozialhilfe auf 4 Jahre verlängert

Vier Jahre sollen nun Flüchtlinge unterhalb des Sozialhilfeniveaus ihr Dasein fristen, ohne dass sie in die Lage versetzt werden, sich selbst zu versorgen.

Diese und andere Verschärfungen wurden zugunsten einer gesetzlichen Bleiberechtsregelung vom Koalitionspartner SPD erkauft. Allerdings bringt das gesetzliche Bleiberecht kaum Vorteile gegenüber der bereits im November auf der Innenministerkonferenz beschlossenen Regelung. So sind die Ausschlussgründe fast wörtlich übernommen. Aber gerade daran scheitern viele der langjährig Geduldeten. Der neue Stichtag hilft nur wenigen. So gibt es auch nach der neuen Regelung Fälle, in denen wenige Tage über Wohl oder Wehe der Zukunft in Deutschland entscheiden: „Ein Stichtag ist immer ungerecht“, so die Vorsitzende des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg, Angelika von Loeper, „vor allem vor dem Hintergrund, dass ein effektiver Flüchtlingsschutz in Deutschland nach wie vor nicht gegeben ist. So lange Schutzbedürftige keinen Aufenthaltstitel erhalten sondern auf Duldungen geparkt werden, werden Bleiberechtsregelungen benötigt.“

Dass das Zuwanderungsgesetz mit dieser Änderung im Wesentlichen nach integrationspolitischen Erkenntnissen überarbeitet worden sei, wie Innenminister Schäuble dies ausdrückt, kann nur noch mit Zynismus kommentiert werden. Deutschland hat wieder eine Chance verpasst, seine Weltoffenheit durch ein liberales Zuwanderungs- und Asylrecht zu manifestieren.

gez. Angelika von Loeper
1. Vorsitzende, Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

Rückfragen gerne an:
Angelika von Loeper
Tel. 0721 706755
E-Mail: vonLoeper@fluechtlingsrat-bw.de



FLÜCHTLINGSRAT
BADEN-WÜRTTEMBERG

Flüchtlingsrat Baden-
Württemberg e. V.
Gemeinnützig anerkannt

vormals
Arbeitskreis Asyl Baden-
Württemberg

Geschäftsstelle:
70182 Stuttgart
Urbanstr. 44
Fon: 0711-55 32 834
Fax: 0711-55 32 835
E-Mail:
info@fluechtlingsrat-bw.de
Internet:
www.fluechtlingsrat-bw.de

Spendenkonto:
BW-Bank
Kto. Nr. 3517930
BLZ 600 501 01

Registergericht
Stuttgart VR 4666



Gefördert durch die Euro-
päische Union